

30. November 2022

Postulat

von Hannah Locher (SP)
und Anna-Béatrice Schmalz (Grüne)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie künftig bei allen stadtplanerischen Projekten der Stadt Zürich das Prinzip des Gender Mainstreamings berücksichtigt werden kann. Dazu sollen einerseits die städtischen Angestellten auf die Thematik sensibilisiert werden und bei der Anstellung neuer Fachkräfte soll auf Diversität geachtet werden. Andererseits soll bei der Projektvergabe an Externe durch die Stadt Gender Mainstreaming als Bedingung eingeführt werden. Ferner sollen im nächsten Gleichstellungsplan Massnahmen zu Gender Mainstreaming formuliert werden.

Begründung: Bisher wurde die Stadtplanung auf die traditionelle Vorstellung eines gesunden, erwerbstätigen Mannes ausgerichtet und nahm wenig Rücksicht auf Personen mit Doppelbelastung (Erwerbsarbeit und unbezahlte Betreuungsarbeit) oder auf Personen mit körperlicher oder psychischer Beeinträchtigung. Durch den Einbezug von Gender Mainstreaming in der Planung werden diese vielfältigen Bedürfnisse sichtbar gemacht und können so besser berücksichtigt werden. Denn eine gendergerechte Planung nimmt alle sozialen Rollen in den Blick und gewichtet deren Bedürfnisse an den Raum gleichwertig. Gruppen, die in der Stadtplanung und im öffentlichen Raum tendenziell unterrepräsentiert sind, sollen dadurch gestärkt und in ihrem Alltag unterstützt werden. Dies trägt zu mehr Gleichstellung bei.

Damit Gender Mainstreaming künftig bei allen stadtplanerischen Projekten mitgedacht wird, sollen verschiedene Massnahmen ergriffen werden: Die städtischen Angestellten sollen auf die Thematik sensibilisiert werden. Zudem soll bei der Anstellung neuer Fachkräfte auf Diversität geachtet werden. Im weiteren soll bei der Projektvergabepraxis an Externe durch die Stadt Gender Mainstreaming als Bedingung eingeführt werden. So sollen beispielsweise neue Qualitätskriterien bei Projektausschreibungen erhoben und angewendet und Minderheitenperspektiven bei unterschiedlichen Teilschritten wie dem Planungsprozess als auch der Wettbewerbsvergabe miteinbezogen und berücksichtigt werden. Ferner sollen im nächsten Gleichstellungsplan Massnahmen zu Gender Mainstreaming formuliert und damit eine verbindliche Grundlage für künftige Projekte und Prozesse der Stadtverwaltung geschaffen werden.

Das Prinzip des Gender Mainstreaming ist als interdisziplinäres Thema zu verstehen, welches bei allen Leistungen, Produkten, Massnahmen und Strategien der Stadt mitgedacht werden soll.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit der Motion 2022/546

